

Vossener Zeitung.

Sieben und siebenzigster Jahrgang.

Nr. 869.

Freitag, 11. Dezember (Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg, 10. Dezember. Die erste Deputation des hiesigen Stadtgerichts hat heute auf Schlichtung des hiesigen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ genannten Ortsvereins wegen Gefährlichkeit desselben für den Staat und die Gesellschaft erkannt.

Wien, 10. Dezember. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Kultusminister v. Stremowitz bei der Beratung des Etats für das Unterrichtswesen, daß der Kaiser das Ministerium ermächtigt habe, die einleitenden Schritte behufs Gründung der Universität Czernowitz vorzunehmen.

Wien, 10. Dezember. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde heute die Vorlage der Regierung über die Indemnität für das erste Quartal 1875 in der Generaldebatte bei namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 128 Stimmen angenommen.

Bern, 10. Dezember. Der Nationalrath hat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz betreffend die politische Stimmberechtigung der Schweizerbürger, obgleich der Ständerath darauf nicht eingegangen war, wiederholt genehmigt.

Madrid, 10. Dezbr. Marschall Serrano wird bei seiner Führung des Oberkommandos der Nordarmee keinen General in seinem Stabe haben. Der Kriegsminister hat am gestrigen Tage die Formation von 20 neuen Eskadrons verfügt.

Rom, 10. Dezember. Die Nachricht, daß gefälschte Rentenscheine zum Betrage von mehreren Millionen sich im Umlauf befinden, wird von der „Gazetta ufficiale“ als völlig unbegründet bezeichnet.

London, 10. Dezember. Wie die „Morning Post“ meldet, hat die englische Regierung die Aufforderung der Vereinigten Staaten, zu der im Jahre 1876 in Philadelphia stattfindenden Ausstellung eine englische Kommission zu entsenden, offiziell auslegend beantwortet.

Zufolge hier eingetragener Meldungen haben die Beobachtungen in Indore einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Die Dauer der sichtbaren Berührung betrug 4 Stunden 27 Minuten 32 Sekunden, die Differenz zwischen den beiden inneren Berührungen 3 Stunden 42 Minuten 56 Sekunden.

Kopenhagen, 10. Dezember. Aus Wladivostok wird durch die „Große Nordische Telegraphengesellschaft“ vom gestrigen Tage hierher gemeldet, daß die dort angestellten Beobachtungen des Venusdurchganges wegen trübem nebligen Wetters wenig erfolgreich gewesen.

Petersburg, 10. Dezember. Ueber die Resultate der Beobachtungen des Venusdurchganges sind folgende Meldungen eingegangen: Sehr günstig waren die Ergebnisse in Wladivostok, Yokohama und Orland, minder befriedigend in Poffiet, Chabarowka und Tschuita.

Kalkutta, 9. Dezember. Die hier angestellten Beobachtungen des Venusdurchganges sind vollständig gelungen. Der Eintritt des Zenitums erfolgte um 7 Uhr 56 Minuten, der Austritt fand um 12 Uhr 13 Minuten statt.

Cairo, 10. Dezbr. Der Khedive hat eine Deputation von Mitgliedern der fremden Kolonien empfangen, welche ihm eine Adresse überreichten. Der Khedive sprach derselben seinen Dank für das Interesse aus, das die Kolonien für sein Land und für ihn selbst an den Tag legen.

Newyork, 10. Dez. Die Regier haben einen neuen Angriff auf die Vorküste von Vicksburg gemacht und marschiren auf die Stadt. Der Gouverneur hat eine Proklamation erlassen.

Prozess Arnim.

Berlin, 10. Dezember.

Zweite Sitzung.

Die gestern vertagten Verhandlungen im Prozesse Arnim wurde heute um 10 1/2 Uhr wieder aufgenommen. In der Zusammenkunft des Gerichtshofes und der Verteidigung hat sich nichts geändert.

Die Verhandlung beginnt mit der Ankündigung des Vorsitzenden Stadtgerichts Direktor Reich, daß zunächst zum Zweck der Beweisaufnahme, die Verlesung derjenigen Schriftstücke erfolgen werde, welche die sogenannte Vorgeschichte des gegenwärtigen Kriminalprozesses ausmachen, nämlich der Korrespondenzen zwischen dem Angeklagten und dem Auswärtigen Amte bezüglich Herausgabe der Depeschen.

Das Schreiben des Fürsten Hohenlohe bezeichnet verschiedene im Volkstaschenarchiv fehlende Schriftstücke hinsichtlich des Inhalts. Es folgt ein Erlaß des Auswärtigen Amtes vom 15. Juni 1874 an den Grafen Arnim, worin dieser aufgefordert wird, sich unverzüglich über den Verbleib dieser Schriftstücke zu äußern.

Verteidiger Dochhorn fragt an, ob diese Schriftstücke die sämtlichen vermögten sind, da der Angeklagte ein Interesse habe, dies zu konstatiren.

Präsident: Ich konstatire, daß bei den Akten über weitere fehlende Schriftstücke sich keine Anzeige befindet.

Am 26. Juli forderte das Auswärtige Amt den Grafen Arnim auf zur Rückgabe weiterer Schriftstücke, da außer den zurückgegebenen noch viele andere fehlen, die gar nicht ins Journal eingetragen wurden, und für deren Verbleib Graf Arnim verantwortlich gemacht wird.

Graf Arnim nimmt mehrere der Schriftstücke als sein Privateigentum in Anspruch, so beispielsweise einen Erlaß des Reichskanzlers, welcher ihm den Vorwurf macht, der politischen Entwicklung seines Vaterlandes zu wenig gefolgt zu sein.

Unter dem 5. August antwortet das auswärtige Amt, daß Graf Arnim verpflichtet sei, trotzdem er in Abwesenheit, noch andere Beate anzunehmen, da er immer noch Beamter des auswärtigen Amtes, und selbst wenn er seine Entlassung eingereicht hätte, würde keine andere Auffassung zulässig sein, als die, daß das auswärtige Amt nur vorläufig auf seine Dienste verzichte.

Rechtsanwalt Munkel monirt das Fehlen der Antwort des Grafen Arnim auf das letzte Schreiben bei den Akten, er beantragt, eben das Antwortschreiben vom Auswärtigen Amte zu beschaffen, denn wenn eine Korrespondenz verlesen wird, so müsse es vollständig geschehen.

Der Angeklagte erkennt die Authentizität der verlesenen Korrespondenz an, er vermisst aber darunter sein letztes Privat Schreiben an Herrn v. Bülow.

Die angezogenen und zurückgegebenen Erlasse habe er amtlich empfangen. Nur der Erlaß Nr. 104 sei in das Journal nicht eingeschrieben, während für den Erlaß Nr. 102 ein leerer Platz im Journal blieb. Die Eintragung des Erlasses über das Gesandtschaftswesen der Mittelstaaten ist im Geheimjournal zwar begonnen, aber nicht ausgeführt worden.

Sicherheit gefährdet und sicher alle seine Papiere, indem er dieselben außerhalb Preußens schaffe.

Eine telegraphische Depesche, welche sich bei den Akten befindet und von Berlin aus an den Korrespondenten des „Newyork Herald“, Mr. Murray, in London gerichtet, sich auf die eingeleitete Untersuchung bezieht, will der Angeklagte ebenso wenig, wie die Person des Adressaten kennen.

Präsident: Haben Sie auch den Erlaß, betreffend das Gesandtschaftswesen der Mittelstaaten als Privatkorrespondenz angesehen? Das scheint wohl nicht gut möglich!

Der Präsident bemerkt, daß die gesammte Korrespondenz, von welcher Punkt 2 der Anklage handelt, im Bortant vorliege. Er stellt die Frage, ob Anträge über Verlesung derselben zu stellen seien. Seitens der Verteidiger werden solche vorbehalten.

Der Staatsanwalt beantragt: die Verlesung aller zu Punkt 2 der Anklage gehörigen Erlasse und Berichte, um schließlich, inwiefern die Korrespondenz privater Natur war. Nur die Berichte vorzulesen und nicht die Erlasse, auf die sie sich beziehen, sei unmöglich.

Verteidiger Rechtsanwalt Dochhorn: Die Verteidigung bezweckt nur, aus den Erlassen festzustellen, daß die Vorwürfe des Reichskanzlers nicht einen amtlichen Charakter haben, sondern nur die Person des Volkstaschenarchivs betreffen; es sei allerdings nicht möglich, die Berichte des Angeklagten auf die Erlasse des Fürsten Bismarck zu verlesen.

Der Gerichtshof beschließt, zur Zeit nur die Erlasse, nicht die Berichte zu verlesen, weil der Inhalt derselben zur Beurteilung der vorliegenden Frage ausreicht.

Es kommt zunächst zur Verlesung ein Erlaß vom 8. November 1872, welcher, durch Feldjäger überbracht, die vertrauliche Mitteilung des Feldmarschalls v. Manteuffel enthält und in dem eine Aeußerung darüber enthalten ist: daß der Angeklagte zum Grafen St. Ballier äußerte: „Frankreich werde in ein militärisches Regiment hineingetragen, wenn es nicht bald eine monarchische Regierungsform wähle.“

— Zum Zweck der Aufklärung wird der vertrauliche Brief des Grafen von Manteuffel an den Reichskanzler vom 2. November, in welchem die obige Aeußerung des Angeklagten mittheilt und darauf hingewiesen wird, daß eine solche Aeußerung, wie der Volkstasche übergeben, dem Interesse Deutschlands entgegen sei, welches Frieden brauche, damit Frankreich seine Kriegsschuld abtragen könne, verlesen.

— Sodann wird der Bericht des Angeklagten auf den Erlaß des Reichskanzlers verlesen, welchen der Angeklagte als ein ganz vertrauliches Handschreiben bezeichnet. Derselbe ist aus Paris vom 12. November datirt. Er bezeichnet den Bericht des Herrn von Manteuffel als ein Mißverständnis, da Herr St. Ballier sich selber in dem gedachten Gespräch als einen Legat mittheilend bezeichnete.

Angel. bedauert, daß das Schreiben hier zur Verlesung komme, denn wenn er auch keinen Grund habe, Herrn v. Manteuffel besonders hoch zu schätzen, so müsse er doch sagen, daß sein Brief keinen Grund zu dem jetzigen Konflikt gebe.

Der Erlaß Nr. 239 vom 23. Nov. korrigirt ebenfalls die Ansichten des Volkstaschenarchivs über die französischen Zustände. Keine französische Regierung werde die Zahlung der Kriegsschuld verzögern und ein monarchisches Frankreich würde für Deutschland eine größere Gefahr sein, als diejenige, welche der Volkstasche in der Bestätigung der republikanischen Ideen liegt.

Der Erlaß Nr. 271 vom 20. Dezbr. 1872 mahnt den Volkstasche, seine Auffassung von den Zuständen Frankreichs genau zu erörtern, ehe er sie mittheilt, da es große Bedenken habe, so genaue Feststellungen über die leitenden Persönlichkeiten Frankreichs zu machen, daß sich die Entschlüsse des Reichskanzlers auf diese basiren könnten.

Der Erlaß Nr. 283 vom 23. Dezember 1872 rekrigirt nochmals die Ansichten des Volkstaschenarchivs über die politischen Intentionen des Herrn Thiers.

Der Erlaß Nr. 102 vom 18. Juli 1873 spricht die Freude des Reichskanzlers aus, daß Graf Arnim, wie er kurz vorher gemeldet, zu zwei Zeitungsnachrichten, welche die Gefährlichkeit der Regierung Thiers für Frankreich betonte, in seiner Beziehung stehe und die Hoffnung ausdrückt, der Volkstasche werde seine entgegenstehende Ansicht nur dem Kaiser gegenüber geltend machen.

Ein weiterer Erlaß Nr. 104 vom 19. Juli wünscht die juristischen Erläuterungen über die französischen Hirtenbriefe, welche die Kaiserliche Regierung von ihrem Volkstasche verlangen dürfe und daß er die den Deutschen Bescheid gegenüber zur Anwendung kommenden Bestimmungen der französischen Gesetzgebung nicht jenseit einer eingehenden Prüfung unterwerfen, sich vielmehr bloß auf allgemeine politische Erörterungen eingelassen, wo eine rechtliche Debatte leicht den Beschwerden abgeholfen hätte.

Der Erlaß Nr. 14 vom 11. Januar 1874 betrifft die seitdem von dem Volkstasche hinsichtlich der französischen Hirtenbriefe gethanen Schritte und bezeichnet dieselben als ungenügend und verspätet.

Ein Bericht des Grafen Arnim Nr. 151 vom 18. Dezember 1873 erbittet Information, wie er sich in Sachen der Ausübung des Ge-





